



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

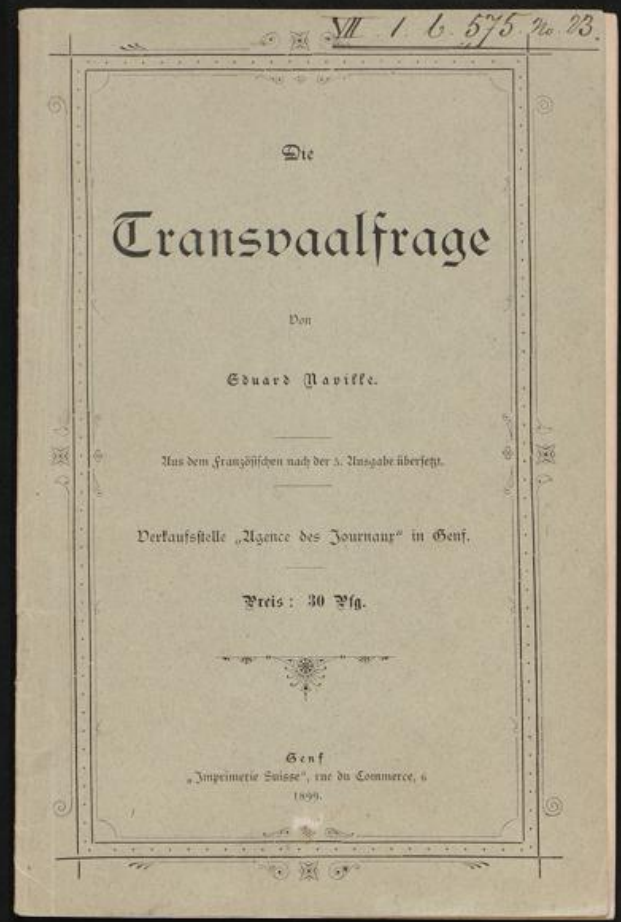
DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"

Die Transvaalfrage

Naville, Edouard

Genf, 1899

urn:nbn:de:gbv:46:1-10353



Die
Transvaalfrage

Von

Eduard Naville.

Aus dem Französischen nach der 5. Ausgabe übersetzt.

Verkaufsstelle „Agence des Journaux“ in Genf.

Preis : 30 Pfg.



Genf
„Imprimerie Suisse“, rue du Commerce, 6
1899.

Die Transvaalfrage

Von

Eduard Naville.

Aus dem Französischen nach der 5. Ausgabe übersetzt.

Verlag: Agence des Journaux in Genf.



VII. A. b. 0575-23

Genf.

Imprimerie Suisse, rue du Commerce, 6

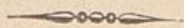
1899.

Inhalt:

	Seite
Geschichtliches	3
Die Mitländer	12
Die Verhandlungen	22
Nachtrag	30



Zur Transvaalfrage.



Geschichtliches.

Die Transvaalfrage ist nicht so leicht, wie man im ersten Augenblicke glauben möchte. Wenn man die beiden Gegner vor sich sieht, so bildet man sich vorerst ein, es handle sich einfach um den Kampf eines kleinen Volkes und einer Großmacht, welche unter allerlei Vorwänden dem kleinen sein Gebiet und seine Unabhängigkeit wegzunehmen trachtet. Es liegt in der Natur, daß die Sympathien des Schweizers zu Gunsten des schwachen sind. Betrachtet man aber die Geschichte Transvaals und erwägt man die heutigen politischen und wirtschaftlichen Zustände des Landes, so wird man anerkennen müssen, daß der eigentliche Grund, weshalb Transvaal seine Existenz auf das Spiel setzt und vielleicht verlieren wird, ein solcher ist, von dem sich ein kleines Volk nicht hätte sollen leiten lassen. Derselbe liegt weder in der Unabhängigkeit, die England ihm gerne lassen will, noch in der Freiheit, die weder die Transvaalgesetze und noch viel weniger dessen Regierung selbst kennen. Um keine dieser Grundsätze willen wirft sich Transvaal in einen Krieg, der ihm verhängnisvoll wird. Nein, es handelt sich um die Aufrechterhaltung der absoluten Herrschaft über die *Uitlander* (Ausländer, Fremde) und um die finanziellen Vorteile, die sich daraus ziehen lassen; mit einem Worte, es ist vor allem eine Geld- oder vielmehr eine Goldfrage. Ebenso wenig ist es zulässig, eine Parallele zwischen Transvaal und den alten Schweizern oder den Montenegrinern zu ziehen. Da sich nach unserem Dafürhalten aus der gegenwärtigen Lage für kleine Völker allerlei Belehrungen ergeben, so wollen wir unsern Landsleuten diese Lage, so wie wir sie verstehen, auseinandersetzen. Abgesehen von amtlichen Belegen, liegen uns die Quellen in den verschiedenen

Werken vor, welche in der letzten Zeit über Südafrika herausgegeben worden sind, namentlich ein solches von Bryce, einem englischen Staatsmanne, der im Ministerium Gladstone Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes gewesen. Bryce ist ein großer Bewunderer seines alten Führers, ebenso durchdrungen wie dieser selbst von den großen philanthropischen und humanitären Ideen, welche Gladstone in seiner auswärtigen Politik so oft in den Vordergrund stellte. Man wird Bryce wohl kaum der Liebäugerei mit Chamberlain beschuldigen.

Die Unabhängigkeit Transvaals beruht auf drei aufeinander folgenden Verträgen mit England. Der erste, im Jahr 1852 abgeschlossen und unter dem Namen „Sand-River-Vertrag“ bekannt, gewährte den im Norden des Flusses Vaal niedergelassenen Pächtern, die bis dahin englische Unterthanen gewesen und von denen manche, wie z. B. der Präsident Krüger im Kapland geboren waren, sich nach ihren Gesetzen und Gebräuchen zu regieren, unter dem Vorbehalt jedoch, mit den Regern keine Verträge gegen England abzuschließen und die Sklaverei vollständig abzuschaffen. Zwei Jahre später trat durch einen analogen Vertrag — Bloemfonteinkonvention — die Oranien-Republik ins Leben, die man gerne als einen Musterstaat hinstellt und an deren Spitze John Brand, ein höchst verdienstvoller Staatsmann, stand. Die Beziehungen des Oranienstaates zu England waren bis heute vorzügliche gewesen und sein harmloses Dasein wurde einzig durch Kriege mit den Eingeborenen und die Einfallsbedrohungen der Transvaaler gestört.

Sich selbst wiedergegeben, überließen sich die Boeren (spr. Buren, d. h. Bauern) wieder ihrem alten Naturell, d. h. dem halb-nomadischer Hirten, die ohne Unterlaß ihre Weiden auf Kosten der Eingeborenen ausdehnen. Sie glauben sich berechtigt, die Regier so zu behandeln, wie die Israeliten an den Kanaanäern gethan haben. Die 25 Jahre, welche dem Einschreiten Englands im Jahre 1877 vorangingen, waren eine lange Periode von Zwistigkeiten und inneren Reibereien.

Wenn man etwa eine primitive Organisation außer Acht läßt, so gab es anfänglich weder Gesetz noch Regierung. Die Landdroste oder Gemeindebehörden hatten Mühe, sich Gehorsam zu verschaffen; neben ihnen gab es militärische Befehlshaber, von

denen ein jeder eine Art Unteroffizier, den „Fieldcornet“ unter seinem Befehl hatte. Diese halb bürgerlichen, halb militärischen Aemter bestehen heute noch, sogar in der Stadt Johannesburg. Das neue Stimmrechtsgesetz verleiht denselben viel zu weitgehende Vollmachten, die in der Anwendung zur Willkür führen können und gegen welche die Uitländer denn auch die bittersten Klagen erheben.

Eine lange Zeit hindurch gab es keine Zentralbehörde, vier Freistaaten stritten sich um den Vorrang. Was man „Volksraad“ nannte, bestand nur dem Namen nach und vertrat nur eine Partei. Im Jahre 1857 zogen Leute aus Potchefstroom gegen den Oranienfreistaat, kehrten aber um, als sie Widerstand witterten. Im Jahre 1858 arbeitete ein Kriegsrat eine Art Verfassung (Grond wet) aus, die nur schwierig Eingang fand und die seither wiederholt geändert wurde. Vier Jahre darauf (1862) brach ein eigentlicher Bürgerkrieg aus, bis es endlich (1864) dem Praetorius gelang, die Gewalt in seinen Händen zusammenzuziehen. Aber die Kämpfe gegen die Eingeborenen, in denen beiderseits entsetzliche Grausamkeiten verübt wurden, ließen darum nicht nach. Eine Regierung bestand nur dem Namen nach, vor allem war die Eintreibung der Steuern unmöglich. Der Boer ist durchaus widerspenstig. In Finanzfragen heißt seine Glaubenslehre, — und seine ganze Religion ist ein Auszug aus dem alten Testament — daß Steuern und Abgaben Sache der Fremden seien. In der That war denn auch der wirtschaftliche Zustand des Landes bedauernswert; gemünztes Geld gab es sozusagen keines, der Verkehr bestand in Tauschhandel und das Papiergeld war auf ein Viertel des Wertes herabgesunken. Als Praetorius 1872 zurücktrat, folgte ihm Bürger, ein aufgeweckter, geistreicher Pfarrer, der wirklich seine Landsleute auf die Bahn der Reformen und des Fortschrittes leiten wollte. Sein Plan mißglückte. Ein heftiger Widerstand — und gerade Krüger war einer der Anstifter — arbeitete daran, dessen Einfluß zu unterwühlen, und unter dem Vorwande von Kezerei anzuschwärzen. Man warf ihm z. B. vor, er glaube nicht, daß der Teufel einen Schwanz habe, wie man denselben nach den alten holländischen Bibeln darstellte.

So standen die Dinge zu Anfang 1877. Im Innern sah es

nichts weniger als rosig aus; die Lage verwickelte sich nach außen und wurde gefahrdrohend. Im Jahre 1876 hatte der Kaffern-Häuptling Secocoeni die Boeren geschlagen, im Süden hatte der Zulukönig Cetawayo, damals auf seinem Glanzpunkte angelangt, ein starkes Heer aufgestellt. Wie alle Eingeborenen, war auch er den Boeren feindlich gesinnt und hätte er sich mit seinen Horden gegen sie geworfen, die Vernichtung der Transvaaler wäre sicher gewesen.

Die Schwäche der Republik und die darin herrschende Anarchie wurden endlich für die nachbarlichen Kolonien, besonders für Natal, eine wirkliche Gefahr. Ueberdies entschloß sich England einzuschreiten. Auf Anordnung des Statthalters im Kapland verfügte sich der englische Kommissär Sir Theophilus Shepstone nach Pretoria, um eine Untersuchung einzuleiten. Er hatte den Auftrag, nach drei Monaten, insofern er es nötig fände und er sich der Zustimmung der Einwohner versichert hatte, die Einverleibung (Annexion) auszurufen zu lassen. Shepstone zog fast einzig in die Hauptstadt der Boeren ein. Drei Monate dauerten seine weitem Untersuchungen, in denen er den Zustand der Ohnmacht und den Ruin des Landes feststellte, dessen finanzielle Quellen 3 Schilling und sechs Pence (4 Fr. 50 Cts.) betragen: am 12. April hißte er die englische Flagge auf. Ein einziger ernstlicher Protest wurde laut: der des Präsidenten Bürger, der umsonst seine Landsleute auf den Pfad des Fortschrittes hatte bringen wollen. Dieser verließ das Land und schloß seine Tage im Kapland, wo er von einer Pension lebte; denn er hatte all sein Gut für das öffentliche Wohl hergegeben.

Durch den Weggang Bürgers wurde das Feld für den Vizepräsidenten Krüger, der dessen erklärter Feind gewesen, frei. Nach Knox Little, einem andern englischen Schriftsteller, hatten Krüger, Zoubert und andere Regierungsmitglieder nur dem Scheine nach Einsprache erhoben. Shepstone zeigte ihnen die Proklamation vor der Veröffentlichung. Sie brachten nur einige Modifikationen an; dagegen legten sie ihre Einsprache dem englischen Kommissär vor, der einige Sätze abänderte. Im übrigen behielten die höhern Persönlichkeiten unter den Boeren ihre Aemter bei, ja es scheint sogar — immer nach demselben Schriftsteller — daß Krüger anfänglich Gehaltserhöhung verlangte,

die auch gewährt wurde. Die Kapkolonie blieb gleichgültig, ebenso erließ die Masse der Boeren keine Kundgebung. Eine Volksabstimmung wäre vielleicht gegen eine Annexion ausgefallen; immerhin verschwand der leidenschaftliche Unabhängigkeitsinn vor einer leeren Kasse und den Banden Cetewayo's die einzubrechen drohten.

Hatte Theophil Shepstone damals recht, Transvaal einzustreichen? Die damaligen Freunde und Gegner der Regierung stimmten darin überein, daß er voreilig gehandelt habe; man warf ihm vor, daß er die Buern nicht noch tiefer habe fallen lassen. Noch einige Monate und der Staatsbankrott wäre vollständig gewesen, die Unordnung hätte nur wachsen können, Cetewayo wäre über Transvaal hergefallen, das damals aus freien Stücken den englischen Schutz angerufen hätte. Die Zerstörung des Cetawayo-Reiches durch englische Truppen, an der die Boeren sich gar nicht beteiligten, ermöglichte den Transvaal-Aufstand im Jahre 1881.

Fügen wir gleich bei, daß dieser Aufstand durch schwere Mißgriffe Englands erleichtert wurde. Vorab war es der Verzug, eine repräsentative Regierung, wie die Annexierungsurkunde feierlich versprochen hatte, einzuführen. England gab sich den Schein, als halte es nicht Wort. War eine wirkliche Absicht, das gegebene Versprechen nicht zu halten, vorhanden? Nein, vielmehr war es das Ergebnis verschiedener Umstände. In erster Linie fand Shepstone unter den Boeren, namentlich unter dem abgetretenen Raad nicht die nötigen Elemente zur Zusammensetzung zweier beratender Versammlungen, wie er den Vorschlag gemacht hatte; ferner hatte die englische Regierung viele andere dringende Geschäfte abzuwickeln. Man stand vor dem türkisch-russischen Kriege und dem Berliner Kongreß; sodann handelte es sich um Südafrika, eine Kolonie, die man behielt, weil es sich nicht anders machen ließ, die aber nur Verdruß und Aerger und dazu gewaltige Auslagen verursachte. Endlich ersetzte man Shepstone, der sich bei den Boeren einer gewissen Popularität erfreute, durch einen Offizier von schroffem und willkürlichem Auftreten. Es hatte den Anschein, als ob England böse Absichten verberge. Krüger und seine Freunde erkannten sofort, daß sie in ihrem Spiele vorzügliche Karten hatten. Ein den Transvaalern freundlich

gesinnter Geschichtsschreiber gesteht offen, daß die Boeren als Hauptbeschwerde gegen die Annexion den Umstand angaben, die Steuern würden von einer Verwaltung erhoben, in welcher sie nicht vertreten seien. Die Steuern, dieses naturwiderstrebende Recht, sobald es die Boeren berührt, und welches sich die Regierung anmaßte, spielten im Aufstande von 1881 eine Hauptrolle. Es ist ja richtig, daß Shepstone's Nachfolger die Steuern mit einer Strenge eintreiben ließ, die gesetzlich sein mochte, aber darum nicht weniger unpolitisch war.

Krüger und Joubert reisten zweimal nach England; es war gegen Ablauf des Ministeriums Beaconsfield; Gladstone machte gerade den berühmten Midlothian-Feldzug. In seinem leidenschaftlichen Wunsche, das Werk seines Vorgängers zu vernichten, sprach er in mehreren Reden ebenso wie sein Stellvertreter, Lord Hartington, gegen die Angliederung Transvaals. Die beiden Boeren erkannten gleich, daß der günstige Augenblick herannahe und daß die ganze liberale Partei, welche ihrem Führer blindlings folgte und sich durch die hochtrabenden Phrasen wie: Humanität, Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, die der alte Staatsmann in seinen Reden stets auf besondere Weise zum besten gab, hinreißen ließ, auf ihrer Seite stand. Jedoch war die Festhaltung der englischen Herrschaft weder in der Ansprache der Königin nach den Wahlen, noch in den Verhandlungen zwischen Gladstone und Krüger in Frage gestellt. Die Transvaaler kehrten sich aber an nichts. Da die Engländer nach ihrer gewöhnlichen Unvorsichtigkeit das Land fast ganz von Truppen entblößt hatten, benutzten die Transvaalen diesen Umstand und zogen am 16. Christmonat 1880 wieder ihre Nationalflagge auf. Eine englische Truppenabteilung fiel in einem Hinterhalte. Darauf rückten die Boeren in das Natalgebiet ein, um die Engländer auf ihren Bergübergängen aufzuhalten; eine erste Abteilung wurde bei Laing'sneck geschlagen, eine zweite, etwa 400 Mann stark, bei Majuba-Hill vernichtet oder gefangen genommen. Die Nachricht von diesen Niederlagen verursachte in England große Bestürzung; das Kabinet erklärte, daß vor allem die Fahnenehre gerächt werden müsse; man schickte sofort Verstärkungen ab, Sir Frederick Roberts wurde mit dem Kommando der englischen Truppen betraut. Beim Auschiffen kam Befehl zur Rückkehr! Während seiner

Reise hatte eine vollständige Wendung stattgefunden; England hatte kapituliert. Man hatte nach der Niederlage die Entdeckung gemacht, daß die Angliederung Transvaals ungerechtfertigt wäre; eine Macht wie England sei stark genug, um sich großmütig zu zeigen und namentlich Beleidigungen, die von einem Schwächern kommen, zu verzeihen. Darauf wurde der erste Vertrag, nämlich der von 1881, unterzeichnet, in dem Transvaal seine Unabhängigkeit wieder erhielt, jedoch mit dem ausdrücklichen Beisatz der Souveränität Englands.

„Wenige politische Handlungen,“ sagte uns Bryce in einer Schrift des vergangenen Jahres, „sind jemals Gegenstand so bitterer Streitigkeiten geworden, wie der Umsturz der im Jahre 1877 befolgten Politik, und doch glaube ich, (fügte er hinzu), daß die Regierung recht hatte, wenn sie einem Racenkriege ausgewichen ist.“ Jedoch gesteht er, daß man in der Hoffnung, welche man auf das Ergebnis dieses Aktes der Großmut hatte, getäuscht wurde. Die Boeren sahen in der Haltung Englands weder Großmut noch Humanität, sie vermochten darin nur Furcht herauszudeuten. Man wird zugeben, daß dieses Geständnis aus der Feder eines englischen Staatsmannes etwas naives enthält. Glauben, daß ein ungebildetes, rohes Volk im Siegestaumel sich vorstellt, sein Gegner schließe aus Großmut Frieden, heißt die Gutmütigkeit ein wenig weit treiben, namentlich in demjenigen Momente, da man gerade den Rückzug Englands aus der Furcht vor einem Racenkriege gebilligt hatte. Heute müßte Bryce wohl schreiben, daß es wenige Verträge giebt, welche gerade von denen so richtig verurteilt worden sind, die die Verantwortlichkeit für dieselben tragen. Die Folgen desselben waren niederschmetternd und hatten eine ganz andere Tragweite, als man erwartet hatte. Die empörten Boeren, weit entfernt von Dankbarkeit, haben darin Nahrung zu dem tiefem Haße eingesogen, welchen sie den Engländern gegenüber empfinden und welcher vieles zu ihren kriegerischen Rüstungen dieser Tage beiträgt. Als sich die Boeren, welche die Herrschaft Englands angenommen hatten, beim ersten Anlauf aufgegeben sahen, wandten sie sich wieder Krüger zu und sind heute viel-

leicht seine treuesten Anhänger. Schon hatten sich viele englische Kolonisten unter dem Schutze ihrer Fahne im Lande niedergelassen und ansehnliche Schaaren Boeren um ihren Führer White gesammelt. Man muß den Brief lesen, den White an Gladstone richtete, als die Verzichtleistung Thatsache wurde und man sich von seinem eigenen Lande verstoßen sah. Selten wurde ein schwungvolleres und hinreißenderes Stück Rede niedergeschrieben:

Am furchtbarsten aber wurden vom Rückzuge Englands die Eingeborenen betroffen, die Neger, die im Lande etwa 700,000 Köpfe zählten. Ein Hauptgrund, warum die Boeren England so haßten, ist eben der Schutz, den diese Macht den Eingeborenen gewährte. Die Letzteren sahen in den Boeren von jeher ihre schlimmsten und grausamsten Feinde.

Man rief 300 ihrer hervorragendsten Häuptlinge auf den Hauptplatz in Pretoria zusammen, wo ihnen der englische Kommissär die letzte Proklamation vorlas, in welcher ihnen die Königin von England erklärte, daß sie sie wieder den Israeliten abgebe, sie, diese armen Kanaanäer und zwar trotz der rührendsten Bitten, welche viele unter ihnen an sie gerichtet hatten. So wurde England nicht nur gegenüber seinen Angehörigen und den Boeren, welche ihnen treu geblieben waren, wortbrüchig, sondern auch gegenüber den Eingeborenen, denen es seinen Schutz versprochen hatte und die mehr als jeder andere desselben bedurften. Aber das ist noch nicht alles. Unter dem Deckmantel des Wortschwalles: Großmut, Edelsinn, Gerechtigkeit, lag, wie heute wieder, eine Geldfrage verborgen. Unter den Lasten, welche Gladstone auf die Regierung seines Nebenbuhlers angehäuft hatte, lag auch die Ausschreitung in den Ausgaben. Man mußte unter allen Umständen sparen, alle unnützen Ausgaben streichen. Transvaal hatte damals noch keine Goldgruben, es war folglich auch den Preis nicht wert, den die Zusicherung des Besitzes gekostet hätte; darum war es klüger, dessen sobald wie möglich los zu werden. Das ist der wahre Grund des Vertrags, den das englische Heer die „Majuba-Hill-Kapitulation“ nennt und die es Gladstone niemals verziehen hat.

Man begreift, daß nach dem seither Vorgefallenen, namentlich angesichts der heutigen Lage, eine große Anzahl der Be-

wunderer Gladstone's, welche ihm in dieser Angelegenheit blindlings gefolgt waren, nunmehr einsehen, daß das ein großer Mißgriff gewesen ist; ferner daß besonders mehrere Personen, wie z. B. Chamberlain, welche damals Mitglieder des Ministeriums waren, die Schwere der Verantwortlichkeit, die auf ihren Schultern lastet, bitter fühlen. Gewöhnlich stellt man sich Chamberlain als einen Minister vor, der sich ausschließlich durch eine tyrannische Habgier leiten läßt und nicht gestattet, daß ein Staat neben England unabhängig weiter bestehen soll. Wenn man die den Boeren günstig gesinnten Tagesblätter, und dahin gehört die Mehrzahl der Kontinentalpresse, Glauben beimißt, so will Chamberlain gar nicht, daß die Verhandlungen gelingen, weil er kurz und gut die Angliederung beabsichtigt, die nicht ausbleibt, wenn der Krieg ausbricht. Die Annexion an und für sich liegt nicht in den Grundsätzen der englischen Kolonialpolitik, sie müßte denn einen Nutzen bringen, der alle Lasten und Ausgaben, die in ihrem Gefolge sind, aufwäge. Wozu also die Annexion Transvaals? Das Gebiet hat nur Wert durch seine Goldlager und die umfassen nicht einmal den hundertsten Teil der Oberfläche. Warum sich also die Verwaltung eines Landes aufladen, das, bei einer Ausdehnung wie Frankreich, von 80,000 Boeren bewohnt ist, die Halbnomaden, jeder Regierung trotzen und sich gegen jede Steuerentrichtung sperren?

Wenn man von der Transvaal-Regierung erlangen kann, daß sie ihr unbeschränktes und quälerisches Verfahren den Mitländer gegenüber aufgibt, diese ihre Industrie im Frieden betreiben läßt und gleichzeitig den Wohlstand des Staates fördert, so denkt selbstverständlich England nicht daran, die Unabhängigkeit Transvaals zu vernichten, ebenso wenig wie die des Oranienfreistaates, vorausgesetzt, daß dieser nicht die Thorheit begeht, sich im Kriegsfall auf Seite der Boeren zu stellen. Wenn Chamberlain mit der Transvaal-Regierung spröder verfährt als seine Herren Kollegen, so muß man bedenken, daß er seinerseits für die Majuba-Hill-Konvention und deren Folgen die Verantwortlichkeit trägt, was für Lord Salisbury nicht der Fall ist, der im Gegenteil damals neben Lord Cairns mit allem Nachdruck diese Kapitulation zu verhindern suchte. Chamberlain steht durchaus nicht vereinzelt da. Man konnte bei den letzten Verhandlungen im Unterhause mehrere radikale Mit-

glieder, eifrige Anhänger Gladstone's sehen, die ihn mit allem Aufwande unterstützten.

Wenn man sich doch wenigstens an das Abkommen von Majuba Hill gehalten hätte! Aber man blieb eben nicht dabei. Die Boeren, wieder zur Selbständigkeit gelangt, versanken in den alten Schlendrian; Schwärme zogen nach allen Seiten hin, um gegen die Eingeborenen „trecks“ (Streifzüge) zu machen, was man auf englisch „raid“ nennt. Oft genug rückten sie in englisches Gebiet ein, so daß die Regierung Gladstone's im Jahre 1884 Sir Charles Warren abschickte, um diesen Freibeutern Vernunft zu lehren. Das Ende davon war ein neues Abkommen, das von 1884, welches die Boeren verpflichtete, die Gebiete, welche unter englischem Schutze standen, zu achten. Mehrere Artikel im Abkommen von 1881 wurden umgeändert. Namentlich wurde in dem Artikel, welcher von den auswärtigen Beziehungen Transvaals handelt, das Wort Suzerainität Englands ausgelassen, jedoch in der Einleitung beibehalten. Heute ist dieses Wort Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen, die jedoch mehr akademischer Natur sind, denn nach Lord Salisbury hat es keinen gesetzlichen Wert. Folgt man der Erklärung Sir William Harcourt's, eines der Mitarbeiter am Londoner-Vertrag, so wäre die Lage folgende: Transvaal ist innerhalb seiner Grenzen unbedingter Herr und Meister in allem, was seine innern Angelegenheiten betrifft, dagegen kann man es nicht einen internationalen souveränen Staat nennen, weil ihm die Freiheit seiner auswärtigen Beziehungen, wo die englische Regierung ihr Veto einlegen kann, abgeht.

Die Nittländer.

Wieder selbständig geworden, lebte man in Transvaal nach den alten Einrichtungen und Zuständen weiter. Krüger gelangte zur Präsidentschaft, die er seither fast ununterbrochen innegehabt hat. Der „Volksrad“ trat von neuem zusammen und man konnte die Frage stellen, ob man die Erfahrungen in den 25 Jahren, die der Angliederung vorausgegangen waren, nochmals anfangen wolle. Kein Geld in der Staatskasse, kein

Mittel, sich durch die „Raids“ (Streifzüge) gegen die Eingeborenen etwelches zu verschaffen; denn englisches Gebiet umgab den Staat von allen Seiten. Im Budget stiegen die Einnahmen nur auf 177,000 Pfund (d. h. etwa 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Franken) und selbst diese Summe war nur mit Mühe erhältlich; überdies befand sich das Land in einem Zustande des Elendes, der ans Barbarentum grenzte.

Im Jahre 1885 entdeckte man die Goldlager in Witwatersrand; sofort eilten die Fremden in Scharen herbei: zuerst erschienen die Abenteurer, wie dies immer vorkommt, wenn es sich um Goldgruben handelt; später, als die Industrie sich entwickelte, als man neue Goldlager fand, namentlich aber, seitdem man tiefere Schächte grub, die ein verbessertes Verfahren erforderten, da strömte ein ganzes Volk heran, das sich im Lande niederließ.

Die Zahl der einwandernden Fremden, Witländer (spr. Utländer, Ausländer) übersteigt heute das Doppelte der Buren selbst; alle haben sich auf einem ganz kleinen Landstrich, der kaum den hundertsten Teil Transvaals ausmacht, zusammengechart; der größte Teil davon bewohnt die Stadt Johannesburg, die beinahe 100,000 Seelen zählt, während die wenig entfernte Hauptstadt Pretoria kaum den zehnten Teil erreicht.

Anfänglich sahen Krüger und seine Landsleute die Ankömmlinge mit großem Mißtrauen an und trafen Vorkehrungen, um den einbrechenden Strom einzudämmen, immerhin aber die Leitung zu ihrem Vorteile benützend. Bei der Bekanntmachung der Landesunabhängigkeit wurde das *Grondwet* (Grundwesen, Verfassung) wieder in Kraft erklärt, eine wenig deutliche Urkunde, in welcher die Hauptgrundlagen des Staates festgesetzt sind. Das *Grondwet* bestimmt, daß das Gebiet jedem Fremden, der die Saatsgesetze beobachtet, offen steht. Eine Abänderung dieses Artikels hätte das Aufblühen der Einnahmen, die sich mit Riesenschritten vergrößerten, gestört. Dagegen änderte man sofort das Wahlstimmrecht ab. Anfänglich erhielt der Fremde das Stimmrecht nach zwei Jahren, dann nach fünf Jahren, endlich wurde die Frist auf fünfzehn Jahre verlängert. Gegenwärtig sind zwölf Jahre dafür nötig, zudem muß man wenigstens 40 Jahre alt sein und eine Reihe Formalitäten erfüllen, auf die wir zurückkommen werden. In Wirklichkeit ist

das Gesetz ein Prohibitivgesetz. Darauf umgab sich Krüger, der befürchtete, die Nidländer könnten am Ende noch unter den Holländern im Kaplande Sympathien gewinnen, mit einer Verwaltung seiner Wahl, die er aus Holland kommen ließ. Die wenigsten höhern Beamten Transvaals stammen aus dem Lande selbst, sondern aus Europa, besonders aus Holland. Diese Leute, unter denen sich z. B. Keiz, Leyds und andere befinden, sind Krügers dienstbare Geister, bisweilen fügen sie dem Worte „Fatherland“ das Adjektiv „adoptiv“ (Adoptiv-fatherland) hinzu, wie auch Krüger thut, der bekanntlich im Kapland als englischer Unterthan geboren wurde. Diese nun haben besonders großen Anteil an den fetten Brocken des herrschenden Systems und haben darum auch alles Interesse, daß nichts geändert wird. Bricht ein Krieg aus, so hat das Land dieses Unglück zum guten Teil ihrem Einflusse zuzuschreiben.

Krüger selbst ist es gelungen, sich die Stellung eines unbeschränkten Monarchen zu verschaffen. Er beherrscht den Raad vollständig; übrigens ist dieser Rat von 25 Mitgliedern fast ausschließlich aus seinen Anhängern zusammengesetzt. Bei den Wahlen hat er es verstanden, die Wähler bei ihrer schwachen Seite zu fassen, indem er ihnen das Gespenst des Engländers, wie derselbe ihre Unabhängigkeit bedroht, ausmalte. Sein Wille schreibt dem Raad die Beschlüsse vor. Fast jedes Gesetz hat die Grenzen seiner Rechte erweitert und seine Macht ausgedehnt. Paßt es ihm, so setzt er sich einfach über das Grundwet weg. So schreibt z. B. eine Bestimmung vor, daß kein Gesetz in Kraft treten darf, das nicht während drei Monaten dem Volke vorgelegt war. Diese sehr schwächliche Garantie gegen die Willkür des Raades wurde in sehr vielen Fällen, wenn es sich um wichtige Angelegenheiten handelte, ganz außer Acht gelassen. Der Raad erließ einfach Gesetze durch Verfügungen. Es kam vor, daß Gesetze fix und fertig aus einer einzigen geheimen Rats-sitzung hervorgingen.

So lange Transvaals Bevölkerung nur aus halbnomadischen Landwirten bestand, so genügte auch eine elementare Verwaltung. Die Sache lag aber nicht mehr so einfach, als über 100,000 Fremde sich auf einem engen Raum niederließen und eine große Stadt gründeten: da wurde das Bedürfnis der Zivilisation fühlbar. Eine große Stadt braucht Polizei, Wasser, eine Gemeinde-

verwaltung, Schulen, Gesetze über den Verkauf geistiger Getränke, mit einem Worte, alles, was zu einem städtischen Gemeinwesen gehört. Aber trotz wiederholter Gesuche der Ausländer geschah nichts. Doch, eins geschah. Die Steuerschraube wurde täglich mehr angezogen. Die Regierung schob ungeheure Summen ein, die sie fast ausschließlich den Fremden abnahm und über deren Verwendung diese kein Wort zu sagen hatten. Und nicht nur die Höhe der Steuern war es, die sie damals fränkte und noch heute ärgert, sondern auch die Natur mancher derselben, so z. B. die Steuer auf Lebensmittel, welche das Mais, das von den Goldminen-Gesellschaften den eingebornen Arbeitern geliefert wird, schwer belastet. In den wenigen Schulen, die geschaffen wurden, war der Unterricht des Englischen anfänglich verboten. Die Polizei war in den Händen roher Boeren, die den geistig nicht höher stehenden Field-cornets untergeordnet ist.

Der fruchtlosen Gesuche endlich überdrüssig, gründeten die Uitländer im Jahre 1892 eine Gesellschaft unter dem Namen „Nationalverein“, welche bezweckte, „durch alle verfassungsmäßigen Gesetze Rechtsgleichheit und Abhülfe aller Beschwerden zu erlangen.“

Anfänglich nahm Krüger dieser Gesellschaft gegenüber eine ablehnende Stellung und antwortete mit dem Versuch, die Fremden zum Militärdienste zu zwingen. Aber der Verein wuchs heran, entwickelte sich und nahm die drei Klassen Leute auf, welche man eben bei den Ausländern antrifft: Die Kapitalisten, die nur in geringer Zahl vorhanden sind, die Mittelklasse, d. h. Geschäftsleute, Grubenleute, Ingenieure u. dgl., und die weißen Arbeiter. Eine von 37,000 Fremden unterzeichnete Petition wurde vom Raad mit Verachtung abgewiesen; ja ein Mitglied verstieg sich sogar zu der Äußerung, die Uitlander würden diese Rechte nur erhalten, wenn sie sich zur Erreichung derselben geschlagen hätten.

Auf den Raad konnte man also nicht zählen. Darauf organisierte der Bund eine revolutionäre Bewegung für politische Gleichstellung, wozu man sich die nötigen Waffen zu verschaffen suchte. Bryce, der mehrere Wochen in Pretoria und in Johannesburg (Ende 1895) zubrachte, beschreibt die Vorbereitung zu dieser Revolution, die ein Komödiengeheimnis war. In

Pretoria sprach man von nichts anderem; in Johannesburg anerbote man ihm (Bryce) sogar, das Waffendepot zu zeigen. Im Kapland und im Oranienstaate wußte man ganz gut, was daran war und zeigte sich der Bewegung sogar geneigt. Die Burgher beider Staaten waren Krüger übel gesinnt, weil er für seine Verwaltung nicht Afrikaner gewählt, sondern sich mit Europäern aus Holland umgeben hatte. Die Uitländer, obgleich in der Mehrzahl Engländer, riefen nicht etwa Englands Hilfe an, sondern beschloßen, die Transvaal-Nationalfahne aufzuhissen. Ihr Zweck war: Krüger und seine Oligarchie abzuschütteln und eine freisinnige Verfassung zu erlassen. Unter diesen Bedingungen fanden sie, wenn auch nicht gerade Unterstützung, so doch wohlwollende Neutralität von Seite einer Anzahl Buren, die der Reform zugethan, aber vom Präsidenten und seinen Schleppträgern geknechtet waren.

Was war die Ursache, daß die Bewegung mißlang? einfach, Jamesons Streifzug! Der Aufstand hätte nach einer großen Versammlung der Nationalliga am 6. oder 7. Januar ausbrechen sollen. An diesem Tage selbst waren Jameson und seine Truppen bereits abgefaßt und die Uitländer hatten auf Verlangen des Herkules Robinson alle ihre Waffen abgeliefert. Jamesons Streifzug ist für Afrika ein Gegenstück zu den Freischarenzügen in einigen Schweizerkantonen vor dem Sonderbundskrieg. Der Zug kann nicht zu scharf verurteilt werden. Offenbar ist die Intervention Cecil Rhodes', welcher durch dieselbe der Sache behülflich sein wollte, der Grund des Mißlingens. Jameson hatte zwar gar nicht die Absicht, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, er rückte vor, um seine Landsleute zu unterstützen, nicht aber, um Eroberungen zu machen. Aber schon das Ansiehtigwerden der Charteredtruppen genügte, um alle wirklichen Sympathien, welche die Afrikaner für die Uitländer empfanden, auf die Seite der Buren zurückzuführen. Unter diesen gab es viele, welche ebenso wenig von einer Charteredregierung etwas wissen wollten, als von der, unter welcher sie lebten. Nichts paßte besser in das Spiel Krügers, nichts war für die Uitländer verderblicher, als dieses ebenso unsinnige als verbrecherische Unternehmen, das einer sichern Schlappe zum voraus nicht ausweichen konnte. Wir werden vielleicht nicht so bald vollständiges Licht über den « raid » Jameson bekommen:

mehrere wichtige Punkte sind noch nicht aufgeklärt, z. B. die Ursache, warum Jameson gerade an jenem Tage aufbrach. In einem Briefe an Chamberlain macht Alfred Millner, der Verfechter der Uitländer, Anspielung auf den «raid», nennt das Ding eine Verschwörung, „woran die große Masse der Uitländer unschuldig ist und die ihre Sache nur auf falsche Bahn brachte und daher verdarb.“

Seither hat sich die Lage für die Uitländer, wie wir bald sehen werden, noch um vieles verschlimmert. Bevor wir jedoch dieselbe näher betrachten, ist noch einiges über die Regierung Krügers und den Zustand des Landes vor auszuschicken. In runden Zahlen hat Transvaal 250,000 weiße Einwohner, wovon zwei Drittel Ausländer, der Rest, also etwa 75—80,000 Köpfe Boeren sind, unter denen etwa 25,000 erwachsene Männer. Im Jahre 1885 stiegen die Staatseinnahmen wenig über 4,000,000 Fr.; heute, Dank den Fremden und den Steuern, die sie entrichten, erreichen die Einnahmen 110 Millionen, sie haben sich wie 1:25 vermehrt. Ich ersuche die Bewunderer der Transvaal-Regierung, wenn sie den Beweisen aus englischen Quellen kein Vertrauen beimessen, den Gothaer Almanach aufzuschlagen; sie können dort das Budget für 1897 selbst einsehen. Dort können sie auch lesen, daß von diesen 110,000,000 Franken fast ein Viertel zu Gehältern und Lohnvergütungen verwendet werden: also 25,000,000 Fr. Es trifft 1000 Fr. auf einen erwachsenen Bur; denn selbstverständlich fällt von diesen Gehältern nichts für die Uitländer ab. Wenn man bedenkt, daß die große Mehrheit der Buren Hirten sind, die sich um das Verwaltungswesen rein nichts bekümmern und daher auch keinen Anteil am Kuchen haben, so kann man leicht berechnen, was für gewaltige Bissen der Präsident Krüger und die zum Teil fremdländische Oligarchie, die daraus schöpft, abschneiden. Der Präsident hat selbst ein Jahresgehalt von 175,000 Fr. (der Präsident der Eidgenossenschaft 15,000 Fr.;) dazu kommt der sogenannte „Kaffe“ (was man bei Krüger mit „Pfeife“ bezeichnen könnte), oder die Repräsentationskosten. Aber damit sind seine persönlichen Quellen noch nicht erschöpft. Derselbe Almanach führt auf demselben Blatte noch einen Betrag von 17,000,000 Fr. unter der Rubrik „für andere Auslagen“ auf. Diese Rubrik begreift die geheimen

Fonds, die im Budget auf etwas weniger als eine Million veranschlagt sind — immerhin mehr als in England — aber diese Summe immer überschreiten und im Jahre 1896 nahezu auf 5,000,000 Fr. stiegen. „Reptilienfonds“ ist ein häßlich Wort und noch ein häßlicheres Ding, das in der Verwaltung kleiner Staaten gar nicht bekannt sein sollte. Ist die Ehrlichkeit nicht eine Haupttugend, die man bei ihnen mehr als anderswo finden sollte? Ich frage, was wohl das Oberhaupt eines kleinen Staates von 250,000 Einwohnern mit mehreren Millionen Geheimfonds anfangen kann? Sicherlich dienen sie nicht dazu, die zwei weißen Rassen, welche sich in Südafrika teilen, unter sich anzunähern.

Man fragt sich, was eine Finanzverwaltung der Buren in diesem Geldüberflusse, der fast ausschließlich von den verhaßten Uitländern geliefert wird, sein muß. Hier ein Müsterchen. Der Raad beriet das Budget für 1898. Ein Ratsmitglied machte die Bemerkung, daß man seit mehreren Jahren verschiedenen Angestellten Vorschüsse leistet, die 60,000,000 Fr. betragen, ohne daß dafür jemals Rechenschaft gegeben wurde. Das zeigt, wohin es mit der Burenherrschaft in der Schule des Ueberflusses gekommen ist. Fügen wir sofort bei, daß wir durchaus nicht glauben, die Gesamtheit der Buren sei von dieser Bestechlichkeit und Käuflichkeit, welche in der Verwaltung an den Tag tritt, angesteckt. Der Landwirt oder Hirte, der weit weg von Pretoria lebt, hat seine patriarchalischen Tugenden bewahrt: er ist ehrlich und gewissenhaft, dabei stolz und gegen jede Art Behörde widerwillig. All diese politischen Rechtsfragen der Uitländer, alles was in Johannesburg vorgeht, ist ihm ganz gleichgültig. Auch ist es wahr, daß er sehr unwissend ist und nichts anderes als das alte Testament liest. Krüger weiß recht wohl, daß diese Leute in Krieg ziehen, wenn er ihnen das Gespenst „England“ vorspiegelt. Was uns dabei empört, ist, daß man unter dem Rufe der uns teuern Grundsätze: *U n a b h ä n g i g k e i t* und *N a t i o n a l e h r e* diese braven Bauern zur Schlachtbank führt, um einer tyrannischen und verkäuflichen Oligarchie das Recht zu sichern, ungestraft und nach Belieben das Gold, das sie der Arbeit der Ausländer vorweg nimmt, unter sich zu verteilen oder zu vergeben.

Es ist klar, daß die Lage der Ausländer nach dem Handstreich Jameson's sich nur verschlimmert hat. Der Ausländer,

vorab der Engländer, wurde vom Buren von jeher als ein Wesen aus einer mindern Klasse, so als ein Mittelding zwischen Keger und dem auserwählten Volke, betrachtet; es galt, ihn in diesem Zustande der Unterwürfigkeit zu bewahren, um mit ihm anzufangen, was man wollte. Weit entfernt, auf die Klagen der Uitländer zu hören und etwas zu thun, um sie den Buren näher zu bringen, suchte die Regierung das wenige von dem Rechte, die sie etwa gerettet hatten, noch einzuschränken. Ich habe von der Gewohnheit erwähnt, die der Raad angenommen hatte, ganz der Verfassung zuwider, durch Beschlüsse Gesetze zu erlassen. Die Uitländer hatten sich lange Zeit wenigstens auf das Obergericht stützen können, an das sie, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt glaubten, appellierten. Was geschah? In einem Rechtsfalle protestierte ein Richter im Namen des Gesetzes und der Verfassung gegen einen Raadsbeschuß. Eine solche Meinungsfreiheit und Verwegenheit konnte der Regierung nicht behagen; sie ließ daher durch den Raad ein Gesetz des Kompetenzzugs votieren, was einer einfachen Verhöhnung, einem fast einfachen Gutheißsen der Willkür gleichkam. Der Inhalt ist folgender:

Die Erwägungen stellen vorerst als Grundsatz hin, daß das Grundwet von 1858 den Raadsbeschlüssen Gesetzeskraft zuschreibt und daß die Richter, wohin auch der höchste Gerichtshof gehört, sich denselben zu unterziehen haben, da die richterliche Gewalt kein Untersuchungsrecht (testing right) besitze. Die folgenden Erwägungen behandeln den vorliegenden Fall: „Die Mehrheit des obersten Gerichtshofes, d. h. zwei Richter, hat erklärt, daß die Beschlüsse des „Raad“ keine Gesetzeskraft haben, daß der Gerichtshof das Recht habe, die Vollziehung zu verweigern, wenn sie dem Grundwet von 1858 entgegenlaufe. Solches Vorgehen stelle die Justizverwaltung in Frage, was der Raad nicht gleichgültig ansehen dürfe.“ Die Regierung kam nun zu dem Schlusse: „In Erwägung, daß dieses Gesetz, obgleich es nicht nach Vorschrift des Artikels 11 des Grundwet drei Monate vor der Inkrafttretung veröffentlicht gewesen, dennoch angewendet werden muß, weil es keinen Aufschub erleiden darf,“ beschließt, daß dieses Gesetz, obgleich... „...dennoch sofort in Kraft tritt.“ Man scheut sich nicht,

von neuem den Artikel des Grundwets, dem man keine Rechnung trägt, noch zu zitieren.

Das Gesetz selbst enthält sieben Artikel. Der erste verfügt, daß alle früheren und künftigen Raadschlüsse Gesetzeskraft haben; die Richter haben nach denselben Recht zu sprechen, sie haben keine Befugnis zu untersuchen, ob die Beschlüsse mit dem Grundwet im Einklange stehen. Der zweite Artikel bestimmt den Eid, den die Richter ablegen müssen und in welchem sie versprechen, sich niemals das Prüfungsrecht (testing right) anzumahen.

Die Perle im Gesetze ist aber Artikel 4. Seine Schwürden (Honneur), der Präsident, wird an die amtierenden Richter die Frage stellen, ob sie es mit ihrem geleisteten Eide und ihrer Pflicht verträglich halten, nach den Gesetzen und Beschlüssen des Raades Recht zu sprechen und sich keine Rechtsuntersuchung anzumahen? Seine Schwürde hat die Weisung, alle diejenigen abzusetzen, von denen er eine verneinende oder seiner Anschauung nach nicht befriedigende Antwort erhält."

Das ist Transvaaler Justiz! Das ist kein Gesetz, sondern einfach „Laune des Raades“. Die Richter sind an den Beschluß einer Geheimitzung gebunden; darnach müssen sie ihre Urteilsprüche richten. Was heute Gesetz ist, wird es morgen vielleicht nicht mehr sein. Die fünfzehn Mitglieder der Mehrheit oder vielmehr Krüger, nach dessen Weisung sie stimmen, können ihre Meinung von einem Tage auf den andern umwandeln. Es kommt bei ihnen nicht darauf an: ihre durch eine Abstimmung ausgesprochene Anschauung ist immer Gesetz. Wehe dem Richter, der es wagen sollte, sich auf die Verfassung oder das Strafgesetzbuch — denn es besteht ein solches — zu berufen; das wäre gleichbedeutend mit der Absetzung durch den Präsidenten, der ihn gewählt hat. Derart versteht man die Trennung der Gewalten, die doch durch die Verfassung gewährleistet ist. Aber die Verfassung ist ja nicht dazu vorhanden, daß sich die Regierung daran halte. Man hat durch dieses Gesetz erfahren, was sie sich daraus macht. Sie bedient sich derjenigen Gesetze, die in ihren Kram passen und deutet sie nach ihrem Gutfinden; diejenigen, welche ihr hinderlich sind, werden beiseite geschoben. Sie anerkennt das sogar ohne Entschuldigung.

Ein anderes Gesetz, wieder nichts als eine Parodie, ist das Stadtgesetz von Johannesburg. Es ist wohl kaum möglich, eine Stadt von 100,000 Einwohnern mit Flurwächtern und Landrat zu verwalten. Dazu braucht es eine städtische Verwaltung. Das Gesetz sagt, daß die Stadt von einem Rate von 24 Mitgliedern, die auf zwei Jahre gewählt sind, verwaltet werde. Die Hälfte davon müssen Bürger sein, deren es unter der weißen Bevölkerung nur 4% giebt. Davon sind viele arm und ganz ohne Bildung. An der Spitze des Rates steht ein vom Präsidenten der Republik auf fünf Jahre ernannter Bürgermeister. Das schönste dabei ist noch die Bestimmung, „daß der Bürgermeister nicht gehalten ist, die Ratsbeschlüsse, die nach seiner Anschauung gesetzeswidrig sind, auszuführen.“

Man wird begreifen, daß die Uitländer mit diesem Gesetze, das das Resultat einer der Versprechungen war, die man ihnen gemacht hatte, nicht sonderlich zufrieden waren. Um alles zu sagen, sollte man noch das Gesetz über die Ausweisung der Fremden, über die Presse, die Steuern anführen, und die Klagen hören, welche diese Bevölkerung, die zweimal stärker ist als die der Buren, aufzählen. Ich will kein Verzeichnis davon machen; mir scheint, daß diese zwei angeführten Beispiele lehrreich genug sind.

Wie man sieht, waren alle Anstrengungen der Uitländer vergeblich. Die Bittschriften an den Raad wurden mit Verachtung abgewiesen. Die Bewegung, welche sie zum Erlangen der bürgerlichen Gleichstellung versuchen wollten, war durch die Einmischung der Chartered mißlungen. Es blieb ihnen noch ein einziger Weg, nämlich sich an England zu wenden, und den haben sie eingeschlagen. Sie schickten im letzten März eine von 21,600 englischen Untertanen gezeichnete Petition an die englische Regierung, worin sie diese am Schlusse baten, „es möchte bezüglich der in der Bittschrift aufgezählten Beschwerden eine Untersuchung eingeleitet werden und der Vertreter Ihrer Majestät in Südafrika möchte die nötigen Maßregeln treffen, 1. daß die Beseitigung der Mißstände zugesichert werde, 2. um von der Transvaalregierung die reellen Garantien für die Anerkennung des Petitionsrechtes als englische Untertanen zu erreichen.“ Dieses Gesuch war der Ausgangspunkt der Verhandlungen, welche die gegenwärtige Krisis herbeigeführt haben.

Die Unterhandlungen.

Darf eine Macht wie England den Klagen einer so großen Anzahl seiner Unterthanen gegenüber, welche sich in ihrer verzweifeltsten Lage an die Regierung wendet, taub bleiben, namentlich, wenn diese umsonst den Gerechtigkeitsfönn der Regierung des Landes, in welchem sie wohnen und dessen Wohlstand sie bilden, zu erreichen versucht hatten? Diese Frage wird zuerst aufgeworfen und bestimmt die Lage. In dieser Fassung, die doch wahrhaftig ganz einfach ist, kann es nur eine Lösung geben: England darf die Mitländer nicht unberücksichtigt lassen, darf die Erfahrungen von 1881 nicht von neuem riskiren.

Wir wollen hier nicht im einzelnen die verschiedenen Phasen der Unterhandlungen durchgehen, welche mit der Blömfountain-Konferenz, die vom Präsidenten des freien Staates Oranien zwischen Krüger und dem Statthalter Alfred Milner vom Kapland eingeleitet wurden, beginnen. Diese Zusammenkunft blieb, wie man weiß, ohne Resultat, weil der Präsident Krüger den Vorschlägen Alfred Milners ein schroffes Nein entgegenbrachte. Und was enthielten diese Vorschläge? Vorerst den Zulaß der seit fünf Jahren in Transvaal niedergelassenen Mitländer zum Stimmrecht und eine Vertretung derselben in den Goldminenbezirken. Die Stärke der Vertretung war anfänglich nicht festgesetzt, sollte aber im Kaad etwa ein Viertel ausmachen. Man hat England eine derartige Einmischung in die innern Angelegenheiten vorgeworfen und thut's noch heute. Hat denn nicht jeder Staat das Recht, die Zulassung zum Bürgerrecht nach eigenem Ermessen zu ordnen? Es ließe sich allerdings über diesen Punkt viel sagen, namentlich könnte man sich auf den gewaltigen Unterschied zwischen den alten Staaten wie die Unserigen berufen, die seit Jahrhunderten bestehen und den Staaten, die in der Bildung begriffen sind und sich nur durch Einwanderung, durch die Ankunft neuer Elemente, welche das Haus bauen helfen, vergrößern und entwickeln können! Läßt man jedoch den Rechtspunkt bei Seite, so muß man doch zugeben, daß die Bewilligung des Wahlrechtes an Mitländer für die Buren das bequemste und ehrenvollste Mittel ist, den Wünschen

der Beschwerdeführer gerecht zu werden. Der Klagen der Uitländer sind viele, die schwerste ist der Mißstand im Gerichtswesen, worüber man sich aus den oben angeführten Beispielen eine Vorstellung machen kann. Nicht minder hart sind die andern Klagen, z. B. über die Ausweisungen, die Presse, Polizei, das Steuerwesen, die ausschließlich der innern Staatsordnung angehören. Ist es nicht viel ehrenvoller für Krüger selbst, diese Fragen im Staatsrate zu behandeln und zwar gerade mit der Vertretung der Uitländer als den Vorhalt Chamberlains über jeden einzelnen Punkt anzuhören. „Gestattet ihnen Vertretung, sagt England zu Transvaal, und wir überlassen es den Uitländern für den Rest der Dinge das Ihrige beizutragen, es liegt denn an ihnen, ihre Interessen zu verteidigen; mag ihre Zahl auch noch so klein sein (denn im Raad würden sie nur über ein Viertel verfügen), ihre Stimme muß wenigstens angehört werden. Wir haben um so weniger Ursache, uns in die Angelegenheiten Transvaals einzumischen, wenn die Uitländer selbst — wie Chamberlain sich ausdrückt — ihre Sache im Rate auseinander setzen können.“ Stellen wir uns den Minister selbst vor, wenn er einen andern Weg einschlagen würde; sollte er auch nur die ärgsten Klagen der Uitländer z. B. die Justiz und das Schulwesen berücksichtigen und bei der Transvaal Regierung auf Reformen gegen diese Zustände drängen! Was würden da die Freunde und Bewunderer der Buren sagen, welche schon jetzt über die Ungerechtigkeit und unqualifizierbare Einmischung Englands in die Angelegenheiten eines kleinen Volkes jammern! Sehen denn die Leute nicht ein, daß diese Reformen einen ganz andern Charakter annähmen, wenn diese im Staatsrate, unter Bürgern des nämlichen Staates, beraten würden, anstatt sie sich widerwillig durch den Druck des Auslandes aufdrängen zu lassen? Nach meiner Anschauung können die wahren Freunde Transvaal nur den einen Rat erteilen, nämlich in der Wahlrechtsfrage nachzugeben und den Raadsaal den Vertretern der Mehrheit der Einwohnerschaft zu öffnen. Denn, offen gesagt, ist man denn doch diesen Uitländern zu etwas Dank verpflichtet. Hat nicht diese mindere Menschenraße Transvaals Wohlstand geschaffen? Wo wären ohne sie diese Millionen, in denen Krüger und seine holländischen Freunde schwimmen?

Nicht nur hätte das Zugeständnis des Wahlrechtes nichts Verletzendes für das Ehrgefühl, sondern Transvaal würde dadurch zur Verschmelzung der beiden gegenwärtig um den Vorrang streitenden Rassen das Seinige beigetragen haben. So geschah es im Kanadaparlament. Die dort vor kurzer Zeit gefaßten echt liberalen Maßregeln vermochten einzig die vollständige Verschmelzung zweier Elemente zu verwirklichen, die sich in Kanada so lange Zeit feindlich gegenüberstanden. Man hat von einer unauslöschbaren Abneigung zwischen Engländern und Holländern gesprochen, die im Gefolge eines Kriegs in Afrika entstände. Uns scheint, daß nichts geeigneter ist, den gegenwärtigen, unbehaglichen Zustand heraufzubeschwören und zu nähren. Auf der einen Seite engherzige, tyrannische Buren, auf der andern Seite eine viel zahlreichere Bevölkerung, von deren Arbeit die Buren leben und die sie hartnäckig in einer niedrigeren Stellung halten wollen. Wir müssen überdies die Ursache, weshalb die Transvaal-Regierung sich weigert, die Uitländer zu vollberechtigten Menschen zu erklären — wie ich das nennen will — noch anderswo suchen. Sobald diese, und wenn auch in geringer Zahl, in den Staatsrat eintreten, so ist es um Krügers Allgewalt geschehen. Wer kann es wissen, ob es den Neueintretenden nicht gelingt, die heute heimlichen Oppositionselemente auf ihre Seite hinüberzuziehen? Dann wird es schwer halten, mit Beschlußnahmen Gesetze zu erlassen und die Löcher in die 60,000,000 Fr. im Staatshaushalt könnten möglicherweise etwelchen Skandal hervorrufen.

In Blömfountain hat Präsident Krüger dem Sir A. Milner in allgemeinen Umrissen ein Wahlgesetz vorgelegt, laut welchem er das Wahlrecht nach neun Jahren gewährt. Er hat dasselbe bei seiner Rückkehr auch durch den Raad annehmen lassen. Bei der Schlußabstimmung hat jedoch der Raad die Zahl neun auf sieben hinuntergesetzt und dem Gesetz rückwirkende Kraft verliehen. Aber dieses Gesetz ist wie alle Gesetze der Buren verwirrt, schlecht redigiert und dunkel. Uebrigens ist es ein Seitenbild zum Gemeindegesetz, in dem Sinne nämlich, daß die darin gemachte Konzession nur zum Schein besteht; der Anfang hebt den Schluß auf. Artikel 4 bestimmt nämlich, daß die Ausländer, welche sieben Jahre lang in Transvaal gewohnt haben, die Einbürgerung (Naturalisation) und das Wahlrecht erwer-

ben können, jedoch unter der Bedingung, daß sie die in den vier Abschnitten des Artikels 1 auseinandergesetzten Formalitäten erfüllt haben. Diese Formalitäten bestehen vorzüglich in der Vorweisung von Aktenstücken. In erster Linie kommt eine Bescheinigung des Feldcornets und des Landdrosts, unterzeichnet vom Bezirkskommandanten, worin bezeugt ist, daß der Bewerber ohne Unterbrechung in der Feldcornets Liste eingeschrieben gewesen. Was soll aber das „ohne Unterbrechung“ bedeuten? Handelt es sich um eine wiederholte Einschreibung? Niemand weiß darüber Auskunft. Ueberdies muß man die Buchführung dieser Feldcornet kennen. Bald verbrennen diese Register, bald gehen solche verloren; die Einschreibungen werden auf Papierfetzen gemacht, die der Wind fortweht, wie man das täglich sehen kann. Eine andere Bescheinigung muß bezeugen, daß der Kandidat die ganze Zeit hindurch im Lande ansässig gewesen, den gesetzlichen Verordnungen nachgekommen ist und nichts gegen die Unabhängigkeit des Staates begangen hat. Man weiß nicht, wer diese Papiere ausstellen und an wen man dieselbe abliefern soll. Diese zweite Bescheinigung können der Feldcornet und der Landdrost zu verabfolgen verweigern. Dann kann der Bewerber eine von einer Anzahl Burgher unterzeichnete Erklärung vorlegen. In diesem Falle aber können der Feldcornet und der Landdrost wieder ihr Visa verweigern. Zuletzt muß der Kandidat an die Regierung appellieren.

Ein neuer Akt, von ihm selbst abgefaßt und ein Eid, in welchem er vorläufig kundgibt, daß er, als Kandidat, allen Pflichten und Rechten, welche in seinem alten Bürgerrecht galten, entsagt, führt endlich zur Naturalisation, die ihm nach zwei Jahren zuerkannt wird, vorausgesetzt jedoch, daß er sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes, dem Staatskanzler durch den Feldcornet zu wissen thut, daß er die Absicht habe, diese Einbürgerung zu erwerben.

Sinnmal als Bürger aufgenommen, ist er minderjährig, oder wenn man so sagen will, heimatlos, denn in den nächsten fünf Jahren hat er keine politischen Rechte. Er hat auf sein altes Vaterland verzichtet und im neuen gilt er nichts. Unmöglich zu wissen, ob er in den zahlreichen Fällen, wo die Gesetze einen Unterschied zwischen Burgher und Ausländer aufstellen, das eine oder andere ist. Nach Verfluß der

fünf Jahre wird er Burgher, unter der Bedingung jedoch, daß er gehörigen Orts sechs Monate vor Ablauf dieses Termins die Absicht kundgibt, daß er das Stimmrecht ausüben will. Mag jemand diese wenig beneidenswerte Prüfungszeit von fünf Jahren nicht durchmachen, so kann er Einbürgerung und Wahlrecht zusammen nach sieben Jahren bekommen, nicht erst nach einem siebenjährigen Aufenthalt, sondern von dem Moment an, wo er dem Feldcornet die Absicht, daß er sich einzu-bürgern gedenke, angezeigt hat.

Das ist nun die berühmte Konzession des Stimmrechtes, eine Konzession, die von allen Zeitungen in allen Tonarten gepriesen wurde und deretwegen man dem Chamberlain Vorwürfe macht weil er sie nicht mit Begeisterung angenommen hat!

Man hat die auf die sieben Jahre gewährte, rückwirkende Kraft so sehr hervorgehoben. Da dieselbe aber nicht von den Formalitäten des Artikels 1 entbindet, so ist sie sozusagen wertlos. Die große Mehrheit der Uitländer ist eben beim Feldcornet nicht eingeschrieben, denn der Brauch war fast ganz abgekommen; zudem werden wohl sehr wenig Spuren mehr von den Eintragungen, die vor sieben Jahren in den Registern des Feldcornet stattgefunden haben, übrig geblieben sein. Ein verwirrtes, echtes Boerengesetz, das viele Punkte im Dunkeln läßt und der Willkür Thür und Angel öffnet, so daß die Anwendung von den Launen der Verwaltung und in letzter Instanz von denen des Präsidenten abhängt.

Zimmerhin hat Chamberlain diese Rechtsgewährung nach sieben nicht unbedingt verworfen, obgleich sie hinter dem von A. Milner gestellten Minimum bleibt. In seiner Antwort beantragte er die Ernennung eines gemischten Ausschusses, welcher die Handhabung dieses Gesetzes und die Mittel zur Erleichterung in der Praxis prüfen sollte. Wie sich leicht erwarten ließ, wies der Präsident Krüger anfänglich die gemischte Kommission ab, indem er vorschob, das sei ein Eingriff in die innern Angelegenheiten Transvaals. Seine Zurückweisung wurde jedoch der englischen Regierung nicht amtlich mitgeteilt. Am 19. August erhielt dieselbe neue Vorschläge: Stimmrecht nach fünfjährigem Aufenthalt, Vereinfachung der Formalitäten, welche das gegenwärtige Gesetz fast unausführbar macht, Vertretung der Uitländer im Staatsrate durch zehn Mitglieder und nie durch

weniger als ein Viertel. Die neuen Bürger sind sogar bei der Wahl des Präsidenten und des Oberkommandanten stimm- berechtigt.

Das alles ist ja recht gut und wäre Präsident Krüger dabei geblieben, so hätten offenbar diese Vorschläge die Schwierigkeit gehoben und der Krisis ein Ende gemacht. Aber auch jetzt macht der Schluß den Anfang fast illusorisch, denn Krüger fügt zu diesen Vorschlägen drei unausführbare Bedingungen bei und stellt noch die Souveränitätsfrage auf. Man bemerke wohl, bei den vorliegenden Verhandlungen hat nicht Chamberlain, sondern Transvaal die Souveränitätsfrage erhoben. Chamberlain hat niemals etwas von der Art gesagt oder geschrieben, das zum Glauben führen konnte, er wolle wieder auf den Vertrag von 1884 zurückgreifen; das lag gar nicht in der Absicht des englischen Ministeriums. Krüger stellte folgende drei Bedingungen: England verpflichtet sich, niemals mehr in innern Angelegenheiten Transvaals einzugreifen, die Souveränität aufzugeben und zu einem Schiedsgericht zu stimmen, sobald das Stimmrechtsgesetz in Kraft getreten sei.

In Bezug auf das Schiedsgericht sind die beiden Parteien beinahe einig: es soll über verschiedene Fragen entscheiden, die mit den Utländern nichts zu schaffen haben, so die Stellung der Indier in Transvaal, die Verwaltung Swasilands, die Zulugrenzen u. s. w. Es bestehen nämlich zwischen beiden Ländern mehrere streitige Punkte, von denen die einen Sache des Schiedsgerichts sind, die andern gütlich geschlichtet werden können. Chamberlain schlägt eine neue Konferenz im Kaplande vor, um das Schiedsgericht aufzustellen und jene Fragen, die demselben nicht unterstehen, abzuwickeln, weist aber die beiden vorgenannten Bedingungen entschieden ab; denn England, sagt er, kann doch nicht auf ein Recht verzichten, welches ihm die Uebereinkunft verleiht, nämlich zu interveniren, wenn es sich um den Schutz seiner Angehörigen handelt, welche das Opfer von Ungerechtigkeiten sind; es kann Transvaal nicht als einen international souveränen Staat betrachten. Gewiß, die Grenzen zwischen Schutzrecht und Einnischung sind schwer zu ziehen. Wenn Chamberlain aber so energisch aufgetreten ist, so kommt es daher, daß er die Diplomatie der Boeren genügend kennt, um sich von dem Zwecke dieser Bedingung Rechenschaft zu

geben; die Boeren wollen eben England an der Kontrollirung und Ueberwachung bei der Ausführung der auf das Wahlrecht bezüglichen Vorschläge hindern. Man verliere nicht aus dem Auge, daß diese Bedingung mit dem Aufgeben der Gesetzesbestimmungen, welche durch berechnete Verwickelungen die Einbürgerung der Uitländer mehr oder weniger dem Gutdünken des Feldcornets und der Regierung überläßt, zusammenfällt.

Da nun dieses Auskunftsmittel wegfällt, so besteht noch der Raad. Man kennt die Gepflogenheit dieses Raades, durch Beschlüsse Gesetze zu erlassen. Wer weiß, unter welchen Bedingungen er das Wahlrechtsgesetz annehmen wird. Aber auch angenommen, das Gesetz werde unter erquicklicher Form gutgeheißen; wer bürgt dafür, daß der Raad, wenn die Gefahr vorüber ist, oder sich eine günstige Gelegenheit bietet, dasselbe nicht nach Gutfinden umändert, wie er seit 1883 schon wenigstens dreimal gethan hat? Und wenn dann England abgerüstet hat, so wird ihm die Zusage, sich niemals mehr in die innern Angelegenheiten Transvaals zu einmischen, stets in Erinnerung gebracht. Wer etwa diese Gefahr für eine eingebildete, und diese Furcht vor der Boeren-Regierung für ungerechtfertigt anschaut, der lese doch die Gesetze, welche der Staatsrat jüngst erlassen hat, z. B. das Gemeindegesetz oder andere. Chamberlain geht nicht so leicht in solche Netze.

Transvaal schickte zwei Tage nach diesen Vorschlägen, von denen wir soeben gesprochen, eine Zusatznote nach, worin erklärt wurde, daß diese zusammen ein Ganzes bildeten und daß eine Verweigerung die Zurückziehung der Vorschläge in sich berge. Man hatte also seit der Konferenz auch nicht einen Schritt vorwärts gemacht. Ich übergehe eine Korrespondenz, welche die Frage nicht viel befördert hat. Als Präsident Krüger am 2. September sah, daß England die Geduld ausging, und Vorschläge zu machen im Begriffe war, so entschloß er sich, diejenigen, welche Chamberlain anfänglich gemacht hatte, anzunehmen, nämlich einen gemischten Ausschuß mit Stimmrecht nach sieben Jahren. Aber es war jetzt zu spät. Am 9. September schickte Chamberlain seine Bedingungen, gleichlautend denen des Präsidenten Krüger selbst, nämlich: Wahlrecht nach fünf Jahren, zehn Vertreter im Raad, das Recht der neuen Bürger, bei der Wahl des Präsidenten und

Militärkommandanten mitzustimmen; er hofft, daß die neuen Raadsmitglieder das Recht haben werden, in ihrer Sprache zu reden. Sind die Vorschläge einmal angenommen, so kann dann im Kapland eine Konferenz die Schiedsgerichtsfragen einleiten und auch die andern Streitpunkte beilegen.

Wie man sieht, es sind in ihrer Gesamtheit die Vorschläge der Buren, der Unterschied besteht darin, daß Chamberlain den Vertrag von 1884 nicht berührt, sondern daran halten will.

Trotz alledem hat Transvaal abgelehnt; in einer langen Depesche bedauert Keiz, daß England die Idee einer gemischten Konferenz und das Wahlrecht nach sieben Jahren aufgibt, und da er sichtlich vom Wahlrechtsbegehren nach fünf Jahren Aufenthalt, das von Transvaal ausgegangen war, betroffen ist, so spricht er von einem Mißverständnis, um nicht zu sagen von böser Absicht des englischen Agenten in Pretoria. An eine Zulassung der englischen Sprache im Raad war gar nicht zu denken. Man hat dieses Ansinnen Englands übel aufgenommen: man gestattet ihm nicht, für die amtliche Einbürgerung einer von Ausländern gesprochenen Sprache, die Schweiz als Beispiel anzuführen. Und doch ist das weder mehr noch weniger, als was die englische Kapkolonie für die Holländer gestattet hat. Im Jahre 1882 entschied das Parlament von Kapland, im Hinblick auf die Ordonnanz von 1828, daß das Holländische als amtliche Sprache gelten soll und zwar im Parlament wie vor den Gerichtshöfen mit demselben Recht wie die englische. Es ist unverständlich, inwiefern dasselbe artige Benehmen gegen die Utländer, die in großer Mehrheit sind, für Transvaal etwas Demütigendes sein sollte.

Transvaal hat also Chamberlains Vorschläge abgewiesen. Tief bewegt erwartet man den nächsten Kabinettsrat, wo England sein letztes Wort sprechen wird. Noch ist der Krieg nicht erklärt; es bleibt noch Zeit übrig. Wir glauben daß es die Pflicht aller Freunde Transvaals ist, ihm die Annahme dieser Vorschläge anzuraten und sich nicht in einen Krieg zu verwickeln; nicht etwa, daß wir, wie man sich davon überzeugen konnte, seine Regierung und seine Regierungsart als verteidigungswerte Einrichtungen betrachteten oder daß das Verschwinden derselben zu bedauern wäre. Noch einmal, wir bitten uns, diese Oligarchie, mit dem Golde der Utländer

vollgepfropft, neben unsere Ahnen, unsere alten Herrschaften oder die heldenmütigen Hirten Montenegros zu stellen. Aber Transvaal besteht und kann sich umgestalten. Nach unserm Dafürhalten wird aber diese Umgestaltung nur durch die Freiheit möglich. Transvaal hüte sich, den Mächtigen das Schauspiel eines kleinen Landes zu bieten, wo die Freiheit sich nur auf den Trümmern der Unabhängigkeit aufbauen kann; es nehme die angebotenen Vorschläge an, mache aus den Uitländern Bürger, die für das Wohl und Glück des Landes dasselbe Interesse haben wie die Boeren selbst. Und mit den unerhört reichen materiellen Quellen über die es verfügt, kann es einer der blühendsten Staaten der alten und neuen Welt werden.

Genf, 28. September 1899.

P.S. Seit der Zeit, da die vorstehenden Seiten geschrieben wurden, haben sich die Ereignisse nur zu schnell aufgerollt. Das am 9. Oktober von Transvaal abgeschickte Ultimatum war eine Kriegserklärung und schon ist das Blut in Strömen geflossen. So großartig auch beim Beginne des Feldzuges die Erfolge der Boeren sein mögen und mögen sich die Leute mit noch großem Heldennut schlagen, ihr Los ist besiegelt. Transvaal wird aufhören, ein unabhängiger Staat zu sein und zwar weil es das so gewollt hat. Und heute noch stehen wir nicht an, es zu sagen, daß diejenigen die wahren Freunde der Boeren waren, welche ihnen zur Annahme der letzten von England gestellten Bedingungen rieten und daß sie es um so eher thun konnten, als es ja gerade die Vorschläge waren, welche Krüger dem Raad vorgelegt und die er unglücklicherweise wieder zurückgezogen hat.

In unsern Tagen, wo es der Kleinstaaten so wenige giebt und deren Fortbestehen durchaus nichts leichtes ist, thut es Leid, einen davon von der Landkarte verschwinden zu sehen. Um so mehr haben die Uebrigen Ursache, sich nicht in die Lage eines Transvaals zu versetzen. Ich wiederhole es, ich bewundere den Heldennut und die Tapferkeit, mit welcher der Boer kämpft. Aber was bedeutet eine solche politische Selbständigkeit? Was hat sie geleistet? Einzig zwei Dinge: die Negers unterdrückt

und die Utländer ausgebeutet. Wozu diese kleinen Völker? sagen die Großstaaten, welche die Welt beherrschen; wozu, wenn sie keine anderen Unterlagen haben, keinen weiteren Nutzen schaffen! Welchen Vorteil bringt die Aufrechterhaltung derselben mit sich, wenn sie doch nur Steine auf dem Wege der Zivilisation sind?

Darum finde ich auch einen Vergleich Transvaals mit unserem Schweizerlande übelangebracht. Ohne uns zu rühmen, dürfen wir frei heraus sagen, daß die Schweiz etwas anderes ist als die Boeren, und das, wofür sie ihr Leben opfern, und wenn wir, was Gott verhüten wolle, als unabhängiger Staat verschwinden sollten, so würde das in der Welt eine viel größere Lücke als man denkt.

Wie wird sich dagegen die Sache in Afrika abspielen? Ist einmal die Transvaal-Regierung durch die englische Armee weggefegt, so wird Transvaal wahrscheinlich in eine englische Kolonie umgestaltet, wie Großbritannien heute solche einrichtet. Sobald die Ruhe wieder hergestellt ist, wird man keinen „Raad“ mehr wählen lassen, sondern eine wahrhaft repräsentative Regierung mit einer weitgehenden Autonomie aufstellen, an deren Spitze ein von der englischen Regierung ernannter Statthalter tritt. Man wird Gerichtshöfe, die von der Laune der vollziehenden Behörden unabhängig sind, aufstellen; ferner werden Polizei, Schulen, Gemeindeverwaltungen in kurzer Frist eingeführt. Aus diesen freisinnigen Einrichtungen gehen die Kolonien, wie das Kapland hervor, die freiesten Länder, die es auf der ganzen Erde giebt. Der Boeren-Farmer wird sein Landgut friedlich weiter bebauen, nichts ändert sich in seinem Leben, außer daß er keinen Militärdienst mehr leisten muß und daß er die Keger, die für ihn arbeiten, nicht mehr mißhandeln darf. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Transvaal unter einer guten Verwaltung eines der wohlhabendsten Länder wird, welche im englischen Koloniegebiete liegen. Nichts verhinderte den Präsidenten Krüger und seine Regierung, diese glänzenden Aussichten selbst zu verwirklichen. Und die Flagge Transvaal's würde noch viele Jahre in Pretoria geweht haben.

25. Oktober.

Eduard Naville.

